

Es ist nicht mehr das Gehalt – Was Arbeitnehmern bei der Jobwahl am wichtigsten ist



Von **Steffen Bosse**

Redakteur im Kompetenzzentrum Wirtschaft

Stand: 08:12 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Quelle: Getty Images/Westend61

Die Wirtschaftskrise hat Auswirkungen auf die Wünsche von Arbeitnehmern: Zum ersten Mal ist nicht mehr das Gehalt das wichtigste Kriterium für sie. Auch die Beliebtheit von Arbeitgebern ändert sich drastisch. Eine Branche verliert stark. Gewinner sind Rüstung und Behörden.

Deutschland droht die dritte Rezession in Folge, im August stieg die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Mal in einer Dekade auf mehr als drei Millionen – und seit Jahren gehen in der Industrie jeden Monat über 10.000 Jobs verloren (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus68ea5fe220af185b19e10ee6/massenentlassungen-in-der-industrie-gehen-seit-jahren-monat-fuer-monat-ueber-10-000-jobs-verloren.html>). Die Krisenjahre haben nicht nur in den Unternehmen Spuren hinterlassen, sondern auch die Präferenzen von Arbeitnehmern geändert. Das hat ganzen Branchen zu einem geradezu kometenhaften Aufstieg in der Gunst der Beschäftigten verholfen, wie ein exklusives Arbeitgeber-Ranking der Employer-Branding-Agentur Universum Global zeigt, das WELT exklusiv vorliegt.

Universum hat dafür zwischen November 2024 und September 2025 rund 7900 Beschäftigte befragt – sowohl zu ihren favorisierten Arbeitgebern als auch zu grundsätzlichen Präferenzen und Ansprüchen an die Unternehmen, für die sie gerne arbeiten möchten. Im Unterschied zu den vergangenen Jahren hat die Agentur sich dabei nicht nur auf Young Professionals bis 40 Jahre konzentriert, sondern auch Senior Professionals befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ.

Die Ergebnisse spiegeln die gegenwärtigen Krisen und geopolitischen Verwerfungen wider: „Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, sind von einer wirtschaftlichen Krise natürlich stärker betroffen“, erklärt Axel Keulertz, Senior Strategy Consultant Employer Branding bei Universum. „Trotzdem haben sie deutlich mehr auf die allgemeine Unsicherheit im Markt reagiert, als wir es erwartet hätten.“

Wenn das diesjährige Ranking einen globalen Trend erkennen lässt, dann ist es ein gestiegenes Bedürfnis nach Sicherheit – in mehrfacher Hinsicht. Parallel zu den Debatten um Aufrüstung, Wehrpflicht und Verteidigungshaushalt sind sowohl Rüstungsunternehmen als auch Bundesbehörden in der Gunst der Befragten rasant gestiegen, quer durch alle Fachrichtungen der Beschäftigten.

Bei Wirtschaftswissenschaftlern etwa konnte die Bundeswehr (<https://www.welt.de/themen/bundeswehr/>) den größten Zuwachs überhaupt erzielen und sprang im Ranking um 30 Plätze nach vorne. Den zweitgrößten Zustimmungszuwachs legte mit Airbus ein privatwirtschaftliches Unternehmen hin, das ebenfalls vom Rüstungsboom profitiert. Bei Ingenieuren gewann Rheinmetall am stärksten an Zustimmung, bei ITlern das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR).

Ein ähnlicher Trend hatte sich schon im Juni bei der Befragung von Studenten abgezeichnet (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus256242900/Tesla-Rheinmetall-oder-Bundeswehr-Hier-will-die-GenZ-am-liebsten-arbeiten.html>) . Selbst für die Generation Z sind Rüstung und Verteidigung angesichts stärkerer geopolitischer Verwerfungen offenbar ihr schmutziges Image losgeworden. Einer der Leidtragenden dieses neuen Sicherheitsbooms ist die deutsche Automobilindustrie.

Auch wenn Autobauer und -zulieferer wie Porsche, Mercedes und Bosch weiter Top-Plätze im Ranking besetzen, verlor die gesamte Branche an Zustimmung. Beispielhaft zeigen das Volkswagen (<https://www.welt.de/themen/volkswagen-neuheiten-fahrberichte-tests/>) und Tesla. Im Ranking der Wirtschaftswissenschaftler rutschten die Wolfsburger um 15 Plätze ab, der E-Autobauer aus den USA sogar um 72 Plätze. Drei der fünf Unternehmen mit dem stärksten Zustimmungsverlust kommen aus der Autoindustrie (<https://www.welt.de/themen/autoindustrie/>) .

Das deckt einen weiteren Trend in den Rankings auf: Neben der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands beschäftigt Arbeitnehmer vor allem die Jobsicherheit. Sowohl der öffentliche Dienst als auch Regierungsbehörden legten einen rasanten Aufstieg hin. Namentlich sind neben der Bundeswehr auch das Auswärtige Amt, der Bundesnachrichtendienst (<https://www.welt.de/themen/bnd/>) und die Fraunhofer-Gesellschaft große Gewinner. Und mit dem Europäischen Patentamt auch Behörden, die wohl eher wenige Menschen als attraktive Arbeitgeber auf dem Schirm haben.

„Die meisten Corona-Trends haben sich relativiert, aber Jobsicherheit ist wichtig geblieben“, kommentiert David Falzon, Deutschlandchef von Universum Global im Gespräch mit WELT die Entwicklung. Er spreche jede Woche mit Unternehmen und in fast allen Terminen falle das Wort Transformation. „Das überträgt sich natürlich auf Mitarbeiter und sorgt für Unsicherheit und Unzufriedenheit“, sagt Falzon. „In unsicheren Zeiten ist der Öffentliche Dienst der sichere Hafen.“

Wenig Kompromissbereitschaft beim Home-Office

Wie verunsichert Arbeitnehmer offenbar sind, zeigt sich nicht nur an der Ranglisten-Bewegung von der Autobranche zu Rüstung und von der freien Wirtschaft zum öffentlichen Dienst, sondern auch an der grundsätzlichen Wechselbereitschaft. Mehr als jeder zweite Befragte geht laut Universum-Studie davon aus, in den nächsten zwölf Monaten den Arbeitgeber zu wechseln.

Das sind 17 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Und dabei kommen für die Befragten so viele Unternehmen infrage wie noch nie. Axel Keulertz warnt aber davor, das ausschließlich als mangelnde Loyalität zu interpretieren. „Einige zweifeln angesichts von Krise und Transformation sicher auch daran, dass sie in den kommenden 12 Monaten noch einen Job haben werden.“ Diese Unsicherheit treibe auch die Zahl der möglichen Arbeitgeber – von 18 auf ganze 25. „Man kann es sich gar nicht mehr leisten, auf nur drei Unternehmen zu setzen“, so Keulertz.

Auch bei den Präferenzen der Beschäftigten ist die Krise angekommen. „Zum ersten Mal steht nicht das Gehalt (<https://www.welt.de/themen/gehalt/>) an erster Stelle, sondern Respekt“, kommentiert David Falzon. Rund zwei von drei Arbeitnehmern ist „Respekt für Mitarbeiter“ beim Arbeitgeber wichtig – im vergangenen Jahr hatte nur einer von drei Befragten zugestimmt. Auch die restlichen Themen sind eher kultureller Art: Beim Wohlbefinden, der Weiterbildung, flexiblen Arbeitsbedingungen und Work-Life-Balance scheinen Mitarbeiter trotz Krise keine Abstriche machen zu wollen.

So auch nicht beim Home-Office. Obwohl immer mehr Unternehmen ihre Beschäftigten drängen, wieder öfter ins Büro zu kommen, haben sich die Wünsche der Beschäftigten bei zwei bis drei Tagen Home-Office (<https://www.welt.de/themen/home-office/>) pro Woche eingependelt.

Und auf ihren Home-Office-Optionen pochen zumindest deutsche Arbeitnehmer vehement: Mehr als jeder vierte Befragte würde sich nach einem flexibleren Job umschauen, wenn sein Arbeitgeber gar keine Remote-Option anbietet. Unwesentlich höher war diese Zahl nur in Finnland und Großbritannien. Obwohl das Ausmaß der Krise auch bei Arbeitnehmern angekommen zu sein scheint und sie stärker nach sicheren Beschäftigungsverhältnissen schauen – bestimmte Privilegien sind sie nicht bereit aufzugeben.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und Business Insider (<https://www.businessinsider.de/>) erstellt.

Steffen Bosse (<https://www.welt.de/autor/steffen-bosse/>) **ist Wirtschaftsredakteur und berichtet für WELT über alle Themen aus der Autoindustrie und der Beratungsbranche.**

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>